

Vorstellung zur Kandidatur als Ersatzdelegierte für den Bundesparteitag

Mein Name ist Anja Zech. Ich lebe seit 1994 in Neukölln und arbeite hier als Sozialpädagogin in der Kinder- und Jugendhilfe.

Seit anderthalb Jahren bin ich Mitglied der Linken Neukölln, war zuerst in der BO Rixdorf aktiv und seit Januar nun in der neu gegründeten BO Sonne. Zu Beginn dieses Jahres bin ich zudem der Landesarbeitsgemeinschaft Kinderarmut beigetreten.

Was mir in der politischen Arbeit besonders wichtig ist:

- Kampf gegen Armut und Ausgrenzung

Als Sozialpädagogin begegnet mir Armut täglich und in wachsender Ausprägung. Für Kinder bedeutet sie oft auch eine eklatante Einschränkung ihrer körperlichen und geistigen Entwicklungsbedingungen. Um mich dagegen zu engagieren, habe ich mich der LAG Kinderarmut angeschlossen.

Neben dem notwendigen Einsatz für den Erhalt und den Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen ist es mir wichtig, die Ursachen und Entstehungsbedingungen von Armut im kapitalistischen Wirtschaftssystem sichtbar zu halten und zu bekämpfen. Der Kampf gegen (Kinder-)Armut heißt auch: Begrenzung von Reichtum, Umverteilung durch Vermögenssteuer- und abgaben, Kampf für höhere Löhne, Entprivatisierung wichtiger Wirtschaftsbereiche, beginnend bei Gesundheit, Wohnen und Nahverkehr.

So gehört für mich auch die Unterstützung sozialer Bewegungen wie Deutsche Wohnen Enteignen, der Berliner Krankenhausbewegung, des S-Bahn-Bündnisses u.ä. durch Die Linke dazu und ich beteilige mich gern und so oft wie mir möglich an Aktionen hierzu.

- Antirassismus

Aus meiner Sicht hängen Armutsbekämpfung und antirassistische Politik eng zusammen. Gerade hier in Neukölln werden in der Tradition von Buschkowski, Giffey und ihren Nachfolgern fortgesetzt öffentlich rassistische Vorurteile geschürt und u.a. genutzt um die Ursachen von Armut zu verschleiern. Damit wird soziale Ausgrenzung legitimiert und die Solidarität unter den von Armut betroffenen Menschen geschwächt.

Ich begrüße sehr den Einsatz unseres Bezirksverbandes gegen die diskriminierende und rassistische Praxis der sog. Verbundeinsätze („Clanrazzien“), gegen antimuslimischen Rassismus z. B. in Form des Projektes "konfrontative Religionsbekundung" des BA Neukölln und gegen die polizeiliche Praxis des "racial profiling".

- Friedenspolitik und Kampf gegen Aufrüstung

Friedenspolitik ist im Moment alles andere als populär. Viele sind angesichts des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine verunsichert, verängstigt und hilflos. Die Befürwortung von militärischen Lösungen, Waffenlieferungen und Aufrüstung in der Bevölkerung ist auch deshalb sehr gestiegen. . In dieser Situation finde es es wichtig – gegen eine anwachsende militaristische Grundstimmung - als Linke die Diskussion weiter zu führen und - z. B. an Infoständen und in Veranstaltungen - deutlich wahrnehmbar friedenspolitische Grundsätze zu vertreten und möglichst viele zu überzeugen: Waffen schaffen keinen Frieden, sondern verlängern und eskalieren kriegerische Konflikte, Waffenlieferungen erhöhen nicht zuletzt auch die Gefahr einer Ausweitung des Krieges. Die geplante Aufrüstung der Bundeswehr wird die Menschen in der Ukraine nicht schützen können, sondern langfristig die Kriegsgefahr erhöhen und notwendige öffentliche Investitionen in

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit behindern.